

Kritische Stellungnahme
des Verbands Sonderpädagogik, Landesverband Schleswig-Holstein,
für den Bildungsausschuss am 20.08.2026

1. Die 9,7-%-Quote der Schülerinnen und Schüler ohne ESA wird relativiert – das Problem aber dadurch nicht kleiner.

Der Bericht weist zu Recht darauf hin, dass in den 9,7 % ohne Schulabschluss auch die Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischen Abschlüssen enthalten sind. Gleichzeitig darf diese statistische Relativierung nicht dazu führen, dass die bildungspolitische Problemlage unterschätzt wird.

Denn selbst, wenn man die Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Abschluss herausrechnet, verbleiben **1.431 Jugendliche**, die 2024 ohne ESA die allgemeinbildende Schule verlassen haben. Besonders problematisch ist dabei, dass die Zahlen seit 2021 wieder deutlich ansteigen.

2. Die gesetzte 3-%-Quote ist keine tatsächlich gemessene Quote.

Dies ist aus Sicht des vds einer der kritischsten Punkte des vorgelegten Berichts, denn die Landesregierung schätzt bloß, dass bis zu zwei Drittel der Jugendlichen den ESA später z.B. in der beruflichen Bildung erwerben und deshalb letztlich nur rund 3 % ohne ESA bleiben. Sie räumt ausdrücklich ein, dass wegen fehlender individueller Nachverfolgung der Bildungskarrieren nicht ermittelt werden kann, welche und wie viele Schülerinnen und Schüler tatsächlich einen späteren Abschluss erwerben. Die angenommene 3-%-Quote ist damit eine **Schätzung** und **keine belastbare Bildungsbiografie-Statistik**. Für eine gezielte politische Steuerung reicht das keinesfalls aus.

3. Es fehlt bislang ein konsequentes Bildungsmonitoring entlang individueller Bildungsbiografien.

Der Bericht selbst formuliert als wünschenswert die individuelle Nachverfolgung der Bildungskarrieren aller Schülerinnen und Schüler in Schleswig-Holstein. Hier fragt der vds: **Wann soll diese Möglichkeit tatsächlich geschaffen werden?**

Wenn die Landesregierung wissen möchte, welche Jugendlichen ohne Abschluss die Schule verlassen, wer später einen Abschluss nachholt, wer in Ausbildung gelangt, wer eine Ausbildung qualifiziert abschließt, wer im Übergangssystem verbleibt oder dauerhaft keinerlei qualifizierenden Abschluss erwirbt, der benötigt eine belastbare, datenschutzkonforme **Bildungsverlaufsstatistik**. Ohne diese Daten bleibt die politische Steuerung zu einem erheblichen Teil auf Momentaufnahmen, Schätzungen und Vermutungen angewiesen und kann daraus keine Zielsetzungen und Handlungen ableiten.

4. Ursachen werden benannt, aber nicht ausreichend systematisch bearbeitet.

Der Bericht nennt Sprachbarrieren, psychische Belastungen, Suchtprobleme, Schulunlust und Leistungsverweigerung.

Das ist richtig und wichtig, aber gleichzeitig fällt auf, dass die Antwort darauf bisher nur aus einer Vielzahl einzelner, aneinandergereihter Programme und Maßnahmen besteht. Es fehlt eine erkennbare **landesweite Präventionsstrategie gegen Schulabsentismus und Schulabbruch**, die verbindliche Standards definiert, wie Schulen bei ersten Warnsignalen zu handeln haben. Schulabsentismus ist nie ein plötzlich auftretendes Ereignis. Der Bericht selbst stellt fest, dass dem Schulabbruch eine längere Entwicklung vorausgeht und dass die Wahrscheinlichkeit eines Abgangs ohne Abschluss mit zunehmenden Fehltagen steigt.

Daraus muss eine verbindliche Präventionskette abgeleitet werden: **Früherkennung → Diagnostik → multiprofessionelle Fallsteuerung → individuelle Unterstützung → Übergangsmanagement → Nachverfolgung**. Und hierzu gehört eine konsequente Steuerung durch die untere und oberste Schulaufsicht.

5. Multiprofessionelle Begleitung und Unterstützung müssen deutlich gestärkt werden.

Der Bericht beschreibt zahlreiche bereits vorhandene Unterstützungsstrukturen wie z.B. Schulsozialarbeit, Schulbegleitung, Schulpsychologie, Jugendhilfe, Coaches, Berufsberatung, Förderzentren usw. Gerade die Vielzahl der Akteure macht jedoch deutlich, dass es nicht allein um das Vorhandensein von Angeboten geht und dass es entscheidend auf **Verfügbarkeit, Verbindlichkeit, multiprofessionelle Zusammenarbeit im Sozialraum vor Ort** sowie auf **klare Evaluationsstrukturen** ankommt.

Die entscheidende Frage lautet deshalb: Erreichen die Unterstützungsangebote die jungen Menschen rechtzeitig und langfristig und gibt es gesicherte Übergabeprozesse? Hierauf sollte der Bildungsausschuss aus Sicht des vds drängen.

6. Die erheblichen Unterschiede zwischen Schulen müssen stärker zum Gegenstand von gezielter Qualitätsentwicklung werden.

Besonders bemerkenswert ist die Feststellung der Landesregierung im Bericht, dass Schulen mit vergleichbaren Rahmenbedingungen sehr unterschiedliche Abschlussquoten aufweisen und dass **Schulkultur und Haltung** der einzelnen Schule eine entscheidende Rolle spielen. Das ist bildungspolitisch hoch relevant und ins Schwarze getroffen. Wenn bestimmte Schulen dauerhaft deutlich höhere Quoten von Jugendlichen ohne Abschluss aufweisen, darf die Antwort nicht darin bestehen, diese Schulen lediglich mit ihren Daten zu konfrontieren. Sie benötigen **gezielte** Entwicklungsunterstützung, zusätzliche Ressourcen, multiprofessionelle Unterstützung und verbindliche Ziel- und Leistungsvereinbarungen.

7. Inklusion und Schulabschlüsse müssen differenzierter betrachtet werden.

Der Bericht zeigt, dass in Schleswig-Holstein etwa die Hälfte der Schülerinnen und Schüler ohne ESA inklusiv gebildet und erzogen werden. Gleichzeitig werden Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischen Schulabschlüssen in der Statistik gesondert ausgewiesen. Das wirft aber eine weitergehende Frage auf:

Welche Rahmenbedingungen benötigen Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf, damit ihre Bildungswege so oft wie möglich zu anerkannten und anschlussfähigen Abschlüssen oder auch Teilzertifikaten führen?

Die Diskussion sollte deshalb nicht auf die Quote der Schulabgänge ohne ESA reduziert werden. Notwendig ist vielmehr ein umfassender Blick auf individuelle Bildungswege und -ziele, Anschlussfähigkeiten, berufliche Perspektiven und gesellschaftliche Teilhabe.

Fazit des Verbands Sonderpädagogik e.V. (vds)

Der Bericht ist grundsätzlich zu begrüßen, weil er das Problem der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Abschluss nicht auf die Sekundarstufe I reduziert, sondern die gesamte Bildungskette und insbesondere Schulabsentismus, frühe Förderung und Übergänge in den Blick nimmt. Positiv ist zudem zu bewerten, dass die Landesregierung die Bedeutung von Schulkultur, frühzeitiger Diagnostik, multiprofessioneller Kooperation und datengestützter Schulentwicklung hervorhebt.

Wir stellen jedoch kritisch fest, dass der Bericht eher einer Bestandsaufnahme zahlreicher Maßnahmen gleicht, als dass er eine überprüfbare Gesamtstrategie gegen

Schulabbruch vorstellt. Insbesondere fehlt bislang eine belastbare individuelle Bildungsverlaufsstatistik, mit der nachvollzogen werden kann, welche jungen Menschen tatsächlich dauerhaft ohne Abschluss bleiben und welche Bildungs- und Berufswege beschritten werden.

Zentrale Forderung des Verbands Sonderpädagogik e.V. (vds)

Schleswig-Holstein braucht nicht noch mehr einzelne Maßnahmen, sondern eine verbindliche, datenbasierte und multiprofessionelle Gesamtstrategie gegen Schulabsentismus und Schulabbruch – mit früher Prävention, klaren Verantwortlichkeiten, ausreichenden Ressourcen und einer individuellen Nachverfolgung der Bildungswege.

Mit dieser Gesamtstrategie könnte die Landesregierung an die zentrale Aussage des eigenen Berichts anknüpfen: Schulabbrüche und Schulabgänge ohne Abschluss sind stets das Ergebnis einer längerfristigen Entwicklung und deshalb ist eine gezielte Präventionsstrategie unabdingbar.